

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.,  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Ostsch. Landes)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 8.

Berlin, Mittwoch, 27. Januar 1909

Einundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Die Handhabung des Reichvereinsgesetzes. — Ein neues Wahlrecht in Sachsen. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### Zur Handhabung des Reichvereinsgesetzes.

Es darf wohl mit Recht behauptet werden, daß im letzten Jahrzehnt kein Gesetz im Deutschen Reich unter so schwierigen Verhältnissen zustande gekommen ist wie das Reichvereinsgesetz. Eine schwere Geburt war es, so darf man wohl sagen, durch welche diese Blockfrucht, das Erzeugnis der konservativ-liberalen Paarung, das Licht der Welt erblickte. Daher kommt es auch, daß niemand daran eine aufrichtige Freude hat. Diejenigen Parteien, die außerhalb des Blocks stehen und Gegner des Vereinsgesetzes waren, müssen zwar zugeben, daß das Gesetz gegenüber dem früheren Zustande Fortschritte aufzuweisen hat. Selbst der sozialdemokratische Abg. Ledebour hat sich zu diesem Zugeständnis bequem. Trotzdem bekämpfen sie es auf das heftigste, weniger aus sachlichen als aus rein politischen Gründen. Aber auch die Eltern des Kindes selbst müssen naturgemäß mancherlei Schattenseiten wahrnehmen, die sie aber öffentlich gar nicht oder nur ungern zugeben. Es ist doch selbstverständlich, daß ein Gesetz, das sein Zustandekommen lediglich Kompromissen verdankt, die bald von den Konservativen und bald von den Liberalen gemacht wurden, beiden Seiten völlige Befriedigung nicht gewähren kann. Dennoch wird von den zum Block gehörenden Parteien das Vereinsgesetz über den grünen Klee gelobt. Mit anderen Worten: Sowohl die Gegner des Gesetzes als auch seine Freunde lassen das nötige Maß von Objektivität bei seiner Beurteilung vermissen. Sie sind nicht unvoreingenommen genug, auf der einen Seite die Vorteile, auf der anderen Seite die Nachteile offen zuzugeben. Die weitere Folge davon ist, daß die Erregung, welche die Annahme des Vereinsgesetzes hervorgerufen hat, noch fortwährend in den parlamentarischen Debatten nachjüttert, so daß man es eigentlich als ein Glück bezeichnen kann, daß durch eine gründliche Aussprache im Reichstage diesen fortwährenden Sticheleien hoffentlich ein Ende gemacht worden ist. Wenn dies das Resultat der dreitägigen Redeschlacht ist, die Ende der vergangenen Woche im Reichstage stattgefunden hat, dann kann man immer noch damit zufrieden sein.

Unsere Stellung zum Reichvereinsgesetz brauchen wir hier nicht noch einmal herzulegen. Das ist oft genug geschehen. Wir haben seine Vorzüge anerkannt, uns aber auch niemals gegen seine Nachteile, die wir vor allen Dingen in dem jugendlichen-Paragrafen und dem Sprachen-Paragrafen erblickten, verschlossen. Nachdem wir aber einmal das Vereinsgesetz haben, müssen wir uns mit dem gegebenen Zustande abfinden und versuchen, uns die Vorteile des Gesetzes, soweit wie es möglich ist, zunutze zu machen. Dann aber ist es auch nötig, daß die Mißgriffe, die man sich bei der Anwendung des Gesetzes zuschulden kommen läßt, öffentlich gerügt und gebremst werden. Leider sind wir oft genug in diese Lage gekommen. Namentlich in Sachsen und Preußen ist seitens der Behörden oft und viel gegen den klaren Wortlaut des Gesetzes gesündigt worden. Abhilfe dagegen

ist nur möglich, wenn an maßgebender Stelle, d. h. im Reichstage, auf hervorgetretene Mißstände aufmerksam gemacht und auf ihre Abstellung hingewirkt wird. Diesem Zwecke dienen zwei von den Sozialdemokraten und den Polen im Reichstage eingebrachte Interpellationen betreffend die Anwendung des Reichvereinsgesetzes.

Den mittelbaren Anlaß dazu gab eine vor einigen Wochen vom Abg. Gothein angelegte Streiffrage. Derselbe hatte damals erklärt, daß einige seiner Freunde nicht für das Vereinsgesetz gestimmt haben würden, wenn sie gewußt hätten, daß man mit dem § 12, dem Sprachenparagrafen, der Gewerkschaftsbewegung Hindernisse in den Weg legen würde. Das geschähe aber gegenüber den polnischen Berufsvereinigungen, und diese Praxis stehe im Widerspruch zu den damaligen Erklärungen des Herrn v. Bethmann-Hollweg. Wir haben uns mit dieser Angelegenheit ausführlich im Vortartikel unserer Nummer 95 des vorigen Jahres beschäftigt, so daß wir heute auf eine eingehendere Erörterung nach dieser Richtung hin verzichten können.

Die Begründer der Interpellationen waren imstande, dem Staatssekretär ein reichhaltiges Beschwerdematerial zu unterbreiten. An 100 Fälle waren es, in denen die Polizei nach ihrer Meinung die Bestimmungen des Vereinsrechts falsch ausgelegt oder angewandt hatte. Dabei muß hervorgehoben werden, daß diese Fälle sich fast ausschließlich auf Preußen und Sachsen bezogen. Kein Wunder! Denn diese beiden Staaten werden sich so leicht nicht von den in ihnen herrschenden reaktionären Anschauungen, die sich naturgemäß auch auf die Polizeigebiete übertragen, frei machen können. Es muß auch erwähnt werden, daß die Verträge, welche die Behörden sich haben zuschulden kommen lassen, fast alle Bestimmungen des Gesetzes betrafen. Bald hatte man die Anmeldung von Vereinsleistungen verlangt, bald den Frauen den Zutritt zu öffentlichen Versammlungen verweigert. Hier war die Einreichung eines Mitgliederverzeichnis verlangt worden und dort die Anmeldung einer politischen Versammlung. Man muß in der Tat zu der Ueberzeugung gelangen, daß an vielen Orten die Polizeigebiete die Bestimmungen des neuen Gesetzes überhaupt nicht kennen, viellecht auch gar nicht wissen, daß ein einheitliches Vereinsrecht geschaffen worden ist. Denn geradezu haarsträubende Dinge wurden in der Debatte zutage gefördert.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, der die Interpellationen beantwortete, wies darauf hin, daß in einer großen Anzahl der vorgetragenen Fälle Beschwerde nicht erhoben worden sei. In anderen Fällen sei den Beschwerdeführern die verlangte Genugtuung zuteil geworden, die betreffenden Beamten seien belehrt und die verletzten Verfügungen zurückgenommen worden. In die höhere Instanz seien von den mitgeteilten 100 Fällen nur 3 gelangt. Das sei ein Beweis dafür, daß denjenigen, die durch polizeiliche Verfügungen in ihrem Rechte eingeschränkt worden seien, Genüge geleistet worden sei. Einen großen Teil seiner Ausführungen richtete der Staatssekretär gegen die polnischen Berufsvereinigungen, von denen er behauptete, daß sie überhaupt keine gewerkschaftlichen Organisationen, sondern politische Vereine seien. Man muß dem Staatssekretär zugeben, daß seine Beweisführung in dieser Frage überaus geschickt war. Aus Freßäußerungen der „freien“ Gewerkschaften, des „Bergarbeiter“, des Organs unseres

Gewerksvereins der Bergarbeiter, sowie der christlichen Gewerkschaftsblätter konnte er den Nachweis erbringen, daß alle diese Organisationen ebenfalls in den polnischen Verbänden nicht berufsvereintliche, sondern politische Organisationen erblickten. Der Staatssekretär zeigte dann an einem reichen Tatsachenmaterial aus der polnischen Presse, daß die von den drei Organisationsrichtungen vertretenen Anschauungen durchaus richtig seien.

Leider tragen die Polen selbst dazu bei, daß man ihre Vereinigungen als politische Gebilde betrachtet. Auch die letzten erfolgten Zusammenschlüsse der verschiedenen polnischen Organisationen zeigen, daß es ihnen in der Hauptsache nicht auf die Vertretung von Berufsinteressen ankommt, sondern daß sie in der Tat nationalpolitische Bestrebungen verfolgen.

Wenn wir dies behaupten, so wollen wir damit nicht etwa dem Staatssekretär recht geben, daß der Sprachenparagrafen unterschiedslos auf alle Versammlungen der Polen Anwendung findet. Im Gegenteil! Wir wünschen, daß Versammlungen der Polen, die sich mit rein gewerkschaftlichen Dingen befassen, auch als Gewerkschaftsversammlungen angesehen werden und daß demgemäß in ihnen auch der Gebrauch der polnischen Sprache zulässig sein muß.

Es ist nicht unsere Absicht, auf die Einzelheiten der Reichstagsdebatte hier näher einzugehen. Eine Aussprache über das Vereinsgesetz und seine Handhabung war dringend notwendig. Die unglaublichen polizeilichen Mißgriffe und die unerhörten Verträge gegen den klaren Wortlaut der Vorschriften des Gesetzes mußten einmal der Regierung im Zusammenhange vor Augen geführt werden. Sonst ist an eine Besserung nun einmal nicht zu denken. Als seiner Zeit das Vereinsgesetz zur Verabschiedung kam, gab Herr v. Bethmann-Hollweg die feierliche Erklärung ab, daß er entschieden dafür sorgen werde, daß das Vereinsgesetz liberal gehandhabt würde. In Preußen und Sachsen ist dies ganz gewiß nicht geschehen. Hier harret das Wort des Staatssekretärs noch seiner Einlösung. Wir haben aber das Vertrauen zu ihm, daß er alles aufbietet wird, auch in diesen beiden rückständigen Ländern eine Aenderung auf diesem Gebiete herbeizuführen. Leicht wird ihm dies nicht werden. Der verwöhnte Bürokratismus wird ihm hier manchen Widerstand entgegensetzen. Wenn Herr v. Bethmann-Hollweg den festen Willen hat, so wird er ihn überwinden und damit auch allmächtig die Vorurteile beseitigen, die dem Vereinsrecht noch von vielen Seiten entgegengebracht werden.

### Ein neues Wahlrecht in Sachsen.

Ein heftiger Wahlrechtskampf hat monatelang in Sachsen getobt und hat seinen Abschluß gefunden mit der Annahme eines Wahlrechts, das den Wünschen des größten Teils des sächsischen Volkes in keiner Weise Rechnung trägt. Ein Pluralwahlrecht ist geschaffen worden, das dem Besitz, der Bildung und dem Alter Zusatztimmen verleiht.

Das aktive Wahlrecht steht nach dem Gesetz jedem männlichen Sachsen zu, der 25 Jahre alt ist, 2 Jahre die Staatsangehörigkeit besitzt und ein halbes Jahr an Orte der Votenaufstellung seinen Wohnsitz hat. Das passive Wahlrecht wird jedem männlichen Sachsen gewährt, der 30 Jahre alt ist, Steuern zahlt und 3 Jahre die sächsische Staatsangehörigkeit besitzt.

Jeder Wahlberechtigte hat mindestens eine Stimme. Zwei Stimmen haben diejenigen, die ein Einkommen von mehr als 1600 Mk. haben. Drei Stimmen erhalten Wähler mit einem Einkommen von mehr als 2200 Mk. und vier Stimmen diejenigen, die mehr als 2800 Mk. Einkommen besitzen.

Aber nicht allein der Besitz ist maßgebend, sondern auch die Bildung. Wer die Berechtigung zum einjährigen Dienst erworben hat, erhält dadurch schon das Recht, zwei Stimmen abzugeben. Rechtsanwälte, Ärzte, Hochschullehrer, Künstler, Schriftsteller usw. erhalten sogar drei Stimmen, wenn sie nur mehr als 1900 Mk. versteuern.

Endlich ist auch dem Alter dadurch Rechnung getragen, daß alle Wähler, die 50 Jahre alt geworden sind, eine Zusatzstimme erhalten. Mehr als vier Stimmen kann niemand abgeben.

Die große Masse des sächsischen Volkes ist, wie geübt, Gegner dieses Gesetzes. Die Arbeiter haben sogar auf der Straße dagegen demonstriert. Wenn wir auch diese Art, das Mißfallen zu bekunden, nicht billigen können, so können wir doch den Unmut des Volkes wohl begreifen. Denn für die Arbeiter bedeutet dieses Pluralwahlrecht eine Entrechtung. Wenn in einem Teile der Presse darauf hingewiesen wird, daß auch Arbeiter bis zu drei Stimmen erhalten können, so kann diese Behauptung nicht wohl bestritten werden. Das steht doch aber fest, daß die Zahl der Arbeiter mit drei Stimmen herzlich klein sein muß. Derartige Beschwichtigungsmittel sollte man lieber lassen.

Der Entwurf wurde von der zweiten Kammer mit 72 gegen nur 5 Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Die erste Kammer wird dem Gesetz sicher ihre Zustimmung geben.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 26. Januar 1909.

**Zum Gesetzentwurf über die Arbeitskammern** hat der Verein der Deutschen Kaufleute eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der folgende Vorschläge zur Regierungsvorlage gemacht werden:

1. Im Sinne dieses Gesetzes gelten die Unternehmer von Handelsgeschäften als Arbeitgeber und die in den Handelsgeschäften beschäftigten Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter als Arbeitnehmer (§ 7).
2. Außer der Erledigung der ihnen in den §§ 3 bis 6 zugewiesenen Aufgaben, haben die Arbeitskammern noch folgende Tätigkeit auszuüben:
  - a) Mitwirkung bei Abschlüssen von Tarifverträgen und Festsetzung von Mindestgehältern;
  - b) Aufsichtigung und Durchführung der Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmer dahingehend, daß die Polizeibehörden gehalten sind, als ausführende Organe den Anweisungen der Handelskammern Folge zu leisten;
  - c) außerdem sollen die Arbeitskammern berechtigt sein, aus eigener Initiative Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der von ihnen vertretenen Gewerbebezirke zu veranstalten.
3. Die Aufgaben der Arbeitskammern sind nicht auszuüben auf die Mitwirkung bei der Verwaltung von Wohlfahrtsanstalten für die Arbeitnehmer, z. B. Arbeitsnachweise, Rechtsanwaltsstellen, Versicherungsstellen, Stellenlosigkeit usw.
4. Das Wahlberechtigungsalter ist auf 21, das Wahlbarkeitsalter auf 26 Jahre herabzusetzen.
5. Wahlberechtigt und wählbar sind auch die aus dem Arbeitnehmerverhältnis hervorgegangenen Angehörigen der Berufsvereine.
6. Die aus der Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammern erwachsenden Kosten sind nicht von den Gemeinden bzw. den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern vom Reich zu tragen.

Diesen Forderungen, die sich im wesentlichen mit den vom Zentralrat gemachten Vorschlägen decken, ist eine ausführliche Begründung beigegeben. Hauptsächlich findet die Eingabe die gebührende Berücksichtigung.

**Ein einheitlicher Tarifvertrag für das Schneidergewerbe** ist zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband und den drei Gehilfenorganisationen abgeschlossen worden. Der „Richterhammer“, das Organ unseres Gewerbevereins der Deutschen Schneider und verwandten Berufsgenossen, veröffentlicht in seiner letzten Nummer den Vertrag, nach welchem die Hauptvorstände der einzelnen Organisationen die Tarifverträge auf sich nehmen. Für den Abschluß örtlicher Tarifverträge ist ein bestimmtes einheitliches Schema festgelegt worden. Das weitere Streben geht dahin, einen allgemeinen, für das ganze Reich geltenden Nationaltarif zu schaffen. Es sind bereits die Vorarbeiten dazu im Gange. Zur Durchführung des vorläufig vereinbarten Tarifs sind örtliche

tarifüberwachungskommissionen vorgesehen, über welche der beiderseitiger Übereinstimmung den Tarifverträgen besondere Bestimmungen beigelegt werden können. Auch eine ausführliche Geschäftsordnung für die im Tarif für Streitigkeiten vorgesehenen Schiedsgerichte ist ausgearbeitet worden.

Es ist natürlich nicht möglich, den Vertrag und seine Anhänge hier in ihren Einzelheiten zu besprechen. Jedoch ein oberflächlicher Ueberblick zeigt schon, daß ein Werk geschaffen worden ist, das geeignet ist, für das Schneidergewerbe geordnete Zustände zu schaffen. Das war auch die Absicht der Schöpfer dieses Tarifs. Mögen sich die daran beteiligten Hoffnungen im weitesten Maße erfüllen!

**Die Verschmelzung der polnischen Berufsverbände**, von der wir kürzlich berichtet, hat weitere Fortschritte gemacht. Der Vorstand des Beuthener Verbandes zur gegenseitigen Hilfe hat den Zusammenschluß mit der „Polnischen Berufsvereinigung“ in Vorschlag gestellt mit dem Vorbehalt, daß auch die Generalversammlung sich damit einverstanden erklärt, woran aber nicht zu zweifeln ist. Nach der Verschmelzung sollen dann in der gemeinsamen Organisation Fachabteilungen für Bergleute, Hüttenleute, Fabrikarbeiter und Handwerker gegründet werden. Ein polnisches Blatt berechnet die Zahl der in der gemeinsamen polnischen Organisation vereinigten Arbeiter auf 80000. Das mag etwas übertrieben sein; es kann aber doch nicht gelugnet werden, daß die polnischen Organisationen es verstanden haben, eine große Menge von Arbeitern um ihre Fahnen zu führen.

Es ist bereits von uns darauf hingewiesen worden, daß derartige, nach national-politischen Gesichtspunkten begründete Organisationen der Arbeiterbewegung nicht förderlich sein können. Die Unternehmer schließen sich zusammen, gleichviel ob sie Polen oder Deutsche sind. Sie werden lediglich geteilt von ihrem Unternehmerinteresse, das sie rücksichtslos den Arbeitern gegenüber wahrzunehmen wissen. Was liegt da näher, als daß die Arbeiter nach diesem Vorbilde handeln, das sich so gut bewährt? Nein, sie müssen sich trennen und dadurch den Unternehmern immer und immer wieder das Bild der Zersplitterung und Ohnmacht vor Augen führen!

Wie aus obiger Mitteilung aber auch erkannt werden kann, ist noch nicht einmal die Berufstrennung streng durchgeführt. Auch das ist für uns ein Beweis dafür, daß diese neue Organisation nicht in der Lage ist, energisch die Berufsinteressen der ihr angeschlossenen Arbeiter zu vertreten. Derjenige, der den nationalen Fanatismus der Polen in dieser Weise mißbraucht und sie zur Gründung von Sonderorganisationen veranlaßt, der verflüchtigt sich daher nicht allein an den Polen, sondern an der Arbeiterklasse überhaupt, die eine weitere Zersplitterung wahrlich nicht vertragen kann.

**Arbeiterbewegung.** Auf der Zeche „Borussia“ bei Bochum sollen sämtliche Steiger entlassen werden sein. Ihr Dienst wird von Fährhauern versehen. — In der südwestdeutschen Holzindustrie hat der Arbeitgeberverband für Mannheim-Ludwigshafen den geltenden Tarifvertrag gekündigt und gleichzeitig erklärt, er werde den Arbeitern einen neuen Tarifentwurf vorlegen, der bis zum Jahre 1911 Geltung haben soll. Nähere Mitteilungen müssen erst noch abgewartet werden. — Die Formerverbewegung bei der Firma Froriep in Rheyt wurde am 18. Januar als gegenstandslos für beendet erklärt. Der Inhaber der Firma hatte öffentlich bekanntgegeben, daß er seine Gießerei dauernd schließen werde. Trotzdem er er nicht zu bewegen, die schwarzen Listen der Ausgesperrten zurückzugeben. Infolgedessen weigerten sich die Former überall, Froriepsche Arbeit zu machen, wodurch es an den verdienstlichsten Stellen zu Kämpfen kam. Erst den Bemühungen des Beigeordneten Dr. Pagenstecher in Rheyt gelang es, von Froriep die schriftliche Erklärung zu erlangen, daß er die schwarzen Listen zurückziehen werde und daß die Gießerei endgültig und dauernd geschlossen bleiben würde. Infolgedessen wurde beschlossen, den Kampf gegen die Firma einzustellen. Sollte Froriep sein Wort nicht halten, so werden die Organisationen auf dem Posten sein. — Auf der Schmelzgrube bei Schoppink (Bez. Oppeln) sind 11 Steiger entlassen worden, wie man annimmt, wegen ihrer Zugehörigkeit zum Bunde der technisch-industriellen Beamten.

In Bühl (Schweiz) sind etwa 300 Arbeiter in der Weber- und Godofroi & Escher in den Ausstand getreten, weil ihnen die Wartestunden nicht vergütet werden sollen.

Ein bemerkenswertes Resultat hat die Reichstagswahl in Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf gezeitigt. Der Wahlkreis galt als der fast unbestrittene Besitz Stöckers, der wegen seines hohen Alters und aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niederzulegen sich genötigt sah. Für ihn wurde

als Kandidat der Christlichsozialen der bekannte Lic. W. m. m. aufgestellt. In der Hauptwahl vereinigte dieser 13436 Stimmen auf sich. Ihm am nächsten kam der nationalliberale Kandidat mit nur 7824 Stimmen. Außerdem aber erhielten die Freisinnigen, das Zentrum, die Sozialdemokraten und ein christlich-nationaler Arbeiterkandidat so viel Stimmen, daß Stichwahl stattfinden mußte. Allgemein wurde angenommen, daß Mumm aus dieser Stichwahl als Sieger hervorgehen würde. Denn wenn auch alle übrigen Parteien ihre Stimme dem Nationalliberalen zufommen ließen, lag es doch nahe, daß das Zentrum für Mumm stimmen würde. Um so größer war das Erstaunen, als in der Stichwahl der nationalliberale Kandidat Vogel mit nahezu 18000 Stimmen siegte, während Mumm knapp 15700 erhielt. Offenbar also haben nicht einmal alle Zentrumsanhänger für ihn gestimmt.

Das ist eine Niederlage, wie sie schlimmer kaum gedacht werden kann. Die Ursachen dafür sucht Mumm's Leiborgan, „Das Reich“, in der Agitationsweise der Nationalliberalen. Das mag schon sein. Denn auch die den genannten Blatte sehr nahestehende freikonserervative „Post“ gibt denselben Grund für die Niederlage Mumm's an. Allerdings behauptet die „Post“, daß die Christlichsozialen in der niedrigsten Weise den Wahlkampf geführt haben, während die Nationalliberalen ihre Agitation in vornehmer Art betrieben. Wir kommen gewiß selten in die Lage, mit der „Post“ übereinzustimmen. In diesem Falle aber wird das Blatt wohl recht haben. Auch wir Gewerbevereiner kennen ja die Agitationsweise der Mumm und Genossen, das sind die christlichen Gewerkschaften, die im Kampfe mit Andersdenkenden nur allzu oft jeden Anstand beiseite lassen.

**Saure Trauben.** Die „Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung“ beschäftigt sich in ihrer Nr. 1 auch mit unserem Ortsverein der Gärtner in Quedlinburg. Es wird da munter drauf los geschwafelt und erzählt, daß die Gründung erst erfolgt sei, nachdem man sich vergewissert hatte, daß die Firma Gebr. Dyppe, der größte Arbeitgeber, damit einverstanden sei. Der Verein, etwa 40-50 Mann stark, setzt sich lediglich aus Dyppe'schen Gehilfen zusammen, sei also ein bloßer Betriebsverein von Unternehmern's Gnade. Er solle ein Bollwerk abgeben gegen das Eindringen der Raten usw.

Sobiel Sätze, sobiel Lügen! Nicht ein wahres Wortchen ist daran. Unser Ortsverein der Gärtner zählt gegen 90 Mitglieder, und es ist ihm wahrlich nicht leicht geworden, zu dieser Höhe zu gelangen, da gerade die genannte Firma ihren Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert. Unser Ortsverein, der sich aus rührigen und tätigen Kollegen zusammensetzt, ist natürlich den „Genossen“ ein Dorn im Auge. Ihre Bemühungen, für sich einen „zielbewußten“ Verein ins Leben zu rufen, sind bisher an dem gefundenen Sinn der Quedlinburger Gärtnergehilfen gescheitert. Trotz stumpfster Agitation ist es ihnen, und zwar auch erst im letzten Jahre gelungen, ganze 16 Mann um das rote Banner zu führen. Da kann man es sich natürlich vorstellen, daß sie in ihrem Reibe alles aufbieten, unserem Ortsverein zu schädigen und in der öffentlichen Achtung herabzusetzen. Da ihnen dies mit sachlichen Gründen nicht möglich ist, wird, wie man das auf jener Seite ja gewöhnt ist, zu dem Mittel der Lüge und Verleumdung gegriffen, und man tut so, als wenn die Kollegen es gar nicht wert wären, bei den „Genossen“ Mitglied zu sein. Das erinnert an die Fabel von dem Fuchs, der auf die Trauben verzichtete, weil sie ihm zu hoch hingen.

Unseren Kollegen in Quedlinburg, insbesondere den Gärtnern, wird dieser blöde Angriff des „Genossenblattes“ ein Ansporn zu umso eifrigerer Agitationsarbeit sein, damit das edle Blatt im nächsten Jahre noch mehr über uns schimpfen kann.

**Neue Aussichten für die Bergarbeiter.** Schon seit einigen Monaten ist man eifrig daran, die Bergarbeiter mit Rohnkürzungen zu beglücken. Begründet werden diese Maßnahmen mit der verschlechterten Lage auf dem Kohlenmarkt und den hohen Produktionskosten. Jetzt scheint man den Arbeitern den Schmachtriemen noch etwas fester ziehen zu wollen. Schreibt doch das Hauptorgan der Kohlenbarone, die „Ahein-Beiff. Ztg.“:

„Die Zechen haben also mit nicht unerheblichen Mindereinnahmen zu rechnen, und angefaßt dieser Tatsache kann es nun nicht ausbleiben, daß auch die Löhne allmählich wieder sich den gesunkenen Verkaufspreisen anpassen, denn bekanntlich stellen die Löhne  $\frac{1}{2}$  der gesamten Gesteuungskosten dar. Bereits im Dezember setzte bei vielen Zechen der Durchschnittslohn einen Rückgang, und mit Beginn des neuen Jahres ist man — anscheinend mehr in den östlichen, weniger in den westlichen Revieren — zur Herabsetzung der Löhne übergegangen. Auf die Dauer wird es sich nicht vermeiden lassen, die Löhne durchweg weiter zu reduzieren.“



Das sind erfreuliche Ausblicke in die Zukunft für die Bergleute, denen auf verschiedenen Wegen schon Abzüge in der Höhe von 20 Prozent ihres Lohnes gemacht worden sind. Uebrigens haben auch die Hüttenleute unter erheblichen Lohnreduktionen zu leiden. Man sieht jedenfalls, daß die Grubenbarone es vortrefflich verstehen, die Wirrungen der Krise auf die Schultern anderer abzuwälzen.

Mit der Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen beschäftigt sich eine Zusammenstellung der Zentralstelle des Deutschen Lehrervereins. Danach fanden in der Textilindustrie im Jahre 1907 nicht weniger als 1379 Knaben und 2308 Mädchen Beschäftigung. Es folgen dann mit größeren Ziffern: Die Industrie der Steine und Erden mit 1209 Knaben und 476 Mädchen, Maschinen und Werkzeuge mit 1094 Knaben und 104 Mädchen, die Bekleidung und Reinigung mit 398 Knaben und 957 Mädchen, die Metallverarbeitung mit 968 Knaben und 360 Mädchen, Nahrungs- und Genußmittel mit 553 Knaben und 771 Mädchen, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 580 Knaben und 141 Mädchen, die Papierindustrie mit 246 Knaben und 299 Mädchen, die polygraphischen Gewerbe mit 401 Knaben und 87 Mädchen. Insgesamt wurden beschäftigt 7295 Knaben und 5759 Mädchen.

Das Kinderschutzesetz wird vielfach dadurch umgangen, daß die Arbeitgeber die Kinderarbeit in der eigenen Werkstatt einschränken und in Hausarbeit verwandeln, die an Kinder ausgegeben wird. Die Folge ist, daß die Kinder nicht nur bedeutend länger beschäftigt werden als beim Arbeitgeber, sondern auch die jüngeren Geschwister zur Mithilfe heranziehen. Bei der Weberbevölkerung von Rastatt, Leobsdorf und Umgegend in Oberschlesien waren noch häufig Kinder von weniger als 10 Jahren, vereinzelt sogar solche von 6½ Jahren, mit Kutentüchern und Chenillewebeln bei der Leppisch-, Plüsch- und Krimmerherstellung tätig. In ähnlichen Grenzbezirken wird das Gesetz dadurch umgangen, daß die Arbeiter an der Grenze Wohnstätten für ihre Kinder nach Oesterreich in die Arbeit schicken. Während der Schulferien wurden zum Beispiel aus einem einzigen Grenzort fünfzehn Kinder, darunter sechs noch nicht zwölfjährige, in einer österreichischen Stadt von früh bis abends als Handlanger auf Neubauten beschäftigt.

In der Zusammenstellung wird weiter darauf hingewiesen, daß eine Abhilfe auf diesem Gebiete nur durch verbindliche Einwirkung auf die Eltern geschaffen werden kann. Der Hauptteil an dieser Arbeit fällt den Lehrern der Volksschule zu. Wie erfolgreich diese sein kann, zeigt eine Uebersicht über die Kreisgesundheitsinspektion des Kantons Winterthur. Die Zahl der gesundheitlich gefährdeten Kinder von 383 im Jahre 1905 auf 192 1906 und 105 im Jahre 1907; die Zahl der gesundheitlich gefährdeten eigenen Kinder sank in den gleichen Zeiträumen von 192 auf 128 beziehungsweise 122, die Zahl der fehlenden Arbeitsarten von 358 auf 90 und 57, die Zahl der sonstigen Verstöße gegen das Gesetz von 370 auf 122 und 101. Während 1905 noch bei 36 Kindern eine gesundheitliche Schädigung festgestellt wurde, wurden 1906 nur 19 und 1907 nur 17 Fälle gemeldet.

Singen und Pfeifen in der Werkstatt kann, wenn es mehrmals verboten worden ist, vom Arbeitgeber als Grund zur sofortigen Entlassung angesehen werden. So hat vor kurzem das Gewerbegericht Berlin entschieden in einer Klage, die ein Arbeiter auf Entschädigung wegen unberechtigter sofortiger Entlassung angestellt hatte. In den Entscheidungsgründen führt das Gericht aus, daß der Arbeitgeber, sofern er in dem Singen und Pfeifen während der Arbeitszeit und in dem Arbeitsraum eine Störung erblickt, berechtigt sei, dem Arbeiter dieses Verhalten zu unterlagen. Die Befolgung dieses Verbots gehöre deshalb zu den Arbeitspflichten, die den Arbeitern nach dem Arbeitsvertrage obliegen, und eine beherrschende Belagerung, dem Verbot nachzukommen, sei ein gesetzlicher Grund, das Arbeitsverhältnis sofort aufzulösen.

Die 5. Volksvorstellung der Generalkontendantur der Königl. Schaupiele in dieser Saison findet am Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Ein Fallissement“ (Schauspiel von Björnson). Der Billetverkauf erfolgt wie bisher in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Als 381 Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 31. Januar,

abends 7 Uhr, im Kindermoor-Scharwenkaaal, Ekowstraße 76, ein Beethoven-Abend statt. Es werden mitwirken: Fräulein Famy Opier (Sopran), Herr Gustav Franz (Bass), Herr Karl Klingler (Violine), Herr Richard Köppler (Klavier). Vortritt wird Herr Professor Dr. C. Krebs einen einleitenden Vortrag halten.

### Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.

#### Ortsverband Altenburg, S.-A.

Seine Geschäfte erledigte der Ortsverband in vier Versammlungen und 6 Ausschuß-Sitzungen. Mit Vorträgen haben uns in diesem Jahre auch einige Herren aus dem Bürgertum erfreut. Herr Rechtsanwalt Dr. A. Höfer sprach über „Das neue Reichsvereinsgesetz“, das er einer gerechten Kritik unterzog. Eine im Sinne des Referats und der Diskussion gehaltene Entscheidung wurde alsdann dem Vertreter des Wahlkreises, Abg. Geh. Kommerzienrat E. Schmidt, überlassen. Weiter hielt uns Herr Bürgerfahrslehrer Seyffarth einen vortrefflichen Vortrag über „F. Raumann“. Beiden Herren sei hier nochmals gedankt. Ferner sprach Kollege Lehner über „Die Notwendigkeit einer täglich erscheinenden Zeitung“. In einer Versammlung, welche speziell für Frauen einberufen war, referierte Frau L. P. über „Der Kampf um das Weib“. In dieser Versammlung sollte ein Ortsverein der Frauen und Mädchen gegründet werden; leider mußte aber davon Abstand genommen werden. Es soll jedoch, sobald die Frauen mehr aufgeklärt sind, eine zweite Versammlung stattfinden. Bei unserer Generalversammlung sprach Kollege Schumacher vom Gewerbeverein der Holzarbeiter. Eine Vergrößerung hatte unser Verband dadurch erfahren, daß sich der Verein der Brauer uns angeschlossen hat. Auf unseren Antrag betreffs Auslösung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene wurden zwei Kollegen als Schöffen beim hiesigen Amtsgericht ausgelost. Eine Eingabe betreffs Rotationsarbeiten ist noch nicht erledigt. Des Weiteren beteiligte sich der Ortsverband an einer Bezirkskonferenz in Schmalk. Von sonstigen Veranstaltungen ist noch zu erwähnen ein Ausflug und eine Weihnachtsfeier nebst Bekleidung der Kinder. Durch die gegenwärtige Konjunktur ist auch unsere Industrie, vornehmlich Nähmaschinenfabrikation, aus der Mitleidenschaft gezogen. Offenlich ist die schlimmste Zeit bald überwunden, damit wir wieder freier aufsteigen können. Die Kollegen alle aber mögen im neuen Jahre auf dem Posten sein und Mann für Mann eintreten für die Ausbreitung unserer Organisation, die allein eine politische wie religiös neutrale Arbeiterbewegung anstrebt. Oskar Fischer, Schriftführer.

#### Ortsverband Göttingen.

Unser Ortsverband erledigte seine geschäftlichen Angelegenheiten in 4 Ausschußsitzungen, 1 kombinierten Sitzung und 4 Versammlungen. Letztere waren leider nicht immer zahlreich besetzt, was sonst immer der Fall gewesen ist. Hoffen wir, daß es in diesem Jahre besser wird. Eingehend beschäftigten wir uns mit dem Verhältniswahlrecht zum Gewerbegericht. Unsere Eingabe an die hiesigen Körperschaften hatte noch keinen Erfolg, da die Eingabe über das Verhältniswahlrecht keine Stimmung vorhanden war. Trotzdem wollen wir nichts unversucht lassen, bis wir unser Ziel erreicht haben. R. Hamburger, Ortsverbands-Schriftführer.

#### Ortsverband Erlangen.

Der Ortsverband erledigte die Geschäfte in vier Sitzungen und 3 Versammlungen. Eine Eingabe an den Magistrat für Rotationsarbeiten zu sorgen, hatte den Erfolg, daß für Arbeitsgelegenheit gesorgt und auch 1200 Mk. zur Unterstützung Arbeitsloser genehmigt wurden, so daß Arbeitslose auf 6 Wochen pro Tag 60 Pf. erhalten. Durch freiwillige Beiträge der Kollegen war es möglich, am 17. September das 40-jährige Bestehen unserer Organisation in festlicher Weise zu begehen, wobei Kollege Varholt die Festrede hielt. Was die Agitation betrifft, so ist hier schwer etwas zu erreichen. Es wurde zum öfteren versucht, die Brauer für uns zu gewinnen. Da sie aber selbst unter sich noch nicht einig sind, waren unsere Bemühungen bis zur Zeit vergebens; doch hoffen wir, daß es in diesem Jahre gelingen möge. Auch wäre zu wünschen, daß die Kollegen die Versammlungen besser besuchen. Nur dadurch ist es den einzelnen Verwaltungen möglich, mit Lust und Liebe ihre Ämter zu versehen und zu regerer Tätigkeit anzuspornen. Johann Körner, Schriftführer.

#### Ortsverband Hirschberg und Umgegend.

Das das vergangene Jahr reich an Arbeit war, geht schon aus den Ein- und Ausgängen hervor, deren Zahl sich auf 105 beläuft. An Versammlungen wurden abgehalten: 4 Delegiertensitzungen, 4 Ortsverbandsversammlungen, 8 Vorstandssitzungen, 1 kombinierte Ausschuß- und Delegiertensitzung und 1 außerordentliche Ortsverbandsversammlung, außerdem wurde die Bezirkskonferenz in Görlitz im Mai und die Bezirkskonferenz in Breslau im November besucht. Auch wurden zahlreiche Vereine vom Ortsverbandsvorstande besucht, so die Fabrik- und Handarbeiter-Schmieberg zweimal, Maschinenbauer-Schmieberg zweimal, Maschinenbauer-Warmbrunn zweimal, Tischler-Warmbrunn einmal,

Fabrik- und Handarbeiter, Maschinenbauer und Schneider-Hirschberg je einmal, Fabrik- und Handarbeiter-Gunnersdorf zweimal. Von Tischlermannsdorf erhielten wir ebenso wenig Antwort, wie vom Hauptvorstand, dem wir diesbezügliche Schreiben.

Weitere positive Arbeit wurde geleistet durch eine Eingabe an den Kreisauschuß wegen Einführung des Proportionalwahlrechts zum Gewerbegericht, welche bis zur Stunde noch nicht beantwortet worden ist. Eine Eingabe wurde an das Landgericht gestellt wegen Zulassung von Arbeitern zum Schöffentum, die, da die Antwort ablehnend ausfiel, einige Monate später erneuert wurde. Jetzt hatten wir auch infolgedessen Erfolg, als zwei unserer Kollegen ausgelost worden sind. Im November reichten wir ferner eine Eingabe an den Stadtrat ein um Einführung von Rotationsarbeiten. Auch zur Mitarbeitererzeugung nahm der Ortsverband infolgedessen Stellung, als er durch seinen Vorstehenden, Kollegen Hoffmann, in einer von den bürgerlichen Parteien einberufenen Protokollversammlung den Weg weisen ließ, um wieder den alten Maßpreis zu erhalten.

Für die Bildung der Mitglieder wurde einesteils durch Vorträge, andernteils durch den Erwerb der Mitgliedschaft bei der „Kosmos-Gesellschaft“ gesorgt. Es wurden 3 Vorträge gehalten, und zwar von Kollegen Kramer, Warmbrunn über „Schweizerische Volksgeschichte“, von Herrn Stadtverordneten Wentz über seine Reise von Genfer See zum Mont Blanc, Monte Carlo und die Riviera und vom Vorstehenden des Ortsverbandes Görlitz, Kollegen Stein, über „Arbeiterbewegung und Bürgertum“.

Um bei Wahlen nicht beiseite stehen zu müssen, wurde durch einen Antrag des Ortsvereins der Holzarbeiter-Hirschberg ein Wahlfonds geschaffen, dessen Grundstock der Kassenbestand der aufgelösten kombinierten Maschinenbauer bildete.

An Festen sind zu verzeichnen: das Ortsverbands-Stiftungsfest am 2. August und die Feier des 40-jährigen Bestehens der Gewerbevereine am 26. September.

Der Ortsverein der Maschinenbauer-Schmieberg hat dem Ortsverbande seinen Austritt angezeigt. Offenlich gibt er dieses Vorhaben, nachdem eine Aussprache zwischen dem Ortsverbandsvorstand und dem Verein stattgefunden hat, wieder auf.

Das wäre in gedrängter Kürze mein Bericht. Jedoch, was auch geleistet worden ist, soll und nicht etwa stillstehen lassen; denn Stillstand bedeutet Rückgang. Nicht geringe Aufgaben harren noch des Ortsverbandes und jedes Jahr bringt neue Fragen, zu denen Stellung genommen werden muß. Deshalb sei vor allem den Sauneliegern zugewandt: „Arbeitet mit am gemeinsamen Werk!“ Die Arbeit lohnt sich, wenn sie auch nicht ohne Kampf und Mühe ist. Denn schon der Dichter sagt:

Rie kampflös wird dir ganz das Schöne im Leben  
geklübt sein, —

Selbst Diamantenglanz will feiner Hülle entrückt  
sein,

Und windest du einen Kranz: jede Plume dazu  
will gepflückt sein!

F. Sallat, Ortsverbands-Schriftführer.

#### Ortsverband Queblinburg und Umgegend.

Ein umfangreiches Arbeitsgebiet war im verflohenen Jahre für den Ortsverband zu bearbeiten. Der neue Ausschuß hatte kaum sein Amt angetreten, da wurde die Gewerbevereinswahl zum 11. März ausgeschrieben und zwar zum ersten Male nach dem Proportionalwahlrecht. Von unserer Seite wurden die nötigen Vorbereitungen getroffen, und es gelang uns auch, trotz der wüsten Agitation der „freien“ Gewerkschaften von den 6 Parteien 2 durchzubringen. Bei der nächsten Wahl werden wir sicherlich ein noch besseres Resultat zu verzeichnen haben. Sodann brachte uns die Stadtverordnetenwahl reiche Arbeit. Es ist darüber schon ausführlich im „Gewerbeverein“ wegen der eigenartigen Begleiterscheinungen berichtet worden, so daß wir heute kurz darüber hinweggehen können. Das erste Mal unterlag unser Kollege Wilhelm Wöhling trotz eines genialen Vorlesungsinns in der Stichwahl, weil die „Genossen“ Mann für Mann für den sonst so bescheidenen Mittelständler eingetreten waren. Ihre Freude darüber währte aber nicht lange, da bei einer Stadtverordnetenwahl der Kollege Wöhling trotz der gegnerischen Anstrengungen zum Stadtverordneten gewählt wurde, so daß mit ihm der erste Arbeiter in das Stadtparlament einzog. Unsere Bemühungen, daß Arbeiter zu Schöffen ausgelost werden, waren von Erfolg gekrönt, indem zwei Kollegen zu diesem Amte berufen worden sind.

Auch der Gewinnung neuer Verufe und der Stärkung der kleinen Ortsvereine war unsere Tätigkeit gewidmet. Neugegründet wurde der Ortsverein der Ziegler, reger unterstützt derjenige der graphischen Verufe und Maler und der Gärtner. Letzterer hat jetzt die Zahl 80 weit überschritten; außerdem gibt uns die Zusammensetzung des Vereins die Gewähr, daß es uns gelingt, den Organisationsgedanken in immer weitere Kreise der Gärtner hinein zu tragen. Der Ortsverein hatte auch einen Erfolg zu verzeichnen, insofern es ihm gelang, bei der Wahl zur Ortskassentafel der Gärtner die beiden besten Kandidaten zu besetzen.

Ortsverbandsversammlungen fanden vier statt, die stets einen guten Besuch aufwiesen. In der ersten wurden die Wahlen erledigt, die zweite in Reinhardt beriet über die weiteren Schritte, die zur Ausbreitung unserer Organisation unternommen werden müssen, die dritte fand in Timmenrode statt, wo Kollege Münz über „Kapitalkonzentration und Arbeiterzerstückelung“ referierte und im Oktober sprach Kollege Goldschmidt in Thale über „Bürgertum und Arbeiterbewegung“. Auch ein reger schriftlicher Verkehr ist der

Lebeweis für die rührige Tätigkeit des Ortsverbandes. Die von der Behörde bis zur Verfügung gestellte Einladung zur Modell-Ausstellung für Sommer- und Ferienhäuser wurde von den Kollegen fleißig benutzt. Unser Augenmerk war auch auf die Ausbreitung der Presse und besonders des „Mitteldeutschen Kurier“ gerichtet. Es kann gesagt werden, daß unsere Bemühungen auch in dieser Richtung von Erfolg gekrönt gewesen sind. Das Ortsverbandsfest in Thale erfreute sich eines guten Besuchs und nahm einen glänzenden Verlauf.

Zum Ortsverband gehören zurzeit 16 Ortsvereine: 8 in Quedlinburg, 3 in Thale, 1 in Timmenrode, 2 in Weinstadt, 1 in Webbersleben und 1 in Gertrode. Die meisten dieser Ortsvereine sind auch dem Ausbreitungsverbande angeschlossen.

Im allgemeinen können wir sagen, daß unserer Arbeit der Erfolg nicht verjagt geblieben ist. Wir sind stolz darauf, unsere Pflicht getan zu haben, werden aber auch alles daran setzen, im neuen Jahre weiter vorwärts zu kommen, neue Mitglieder zu gewinnen und unsere Ideen immer weiteren Kreisen in der Arbeiterschaft zugänglich zu machen. Das wird uns gelingen, wenn jeder einzelne seine Schuldigkeit tut. Das heißt, daß uns gute Bearbeitung gegeben ist, bietet reichlich Gelegenheit. Möge ein jeder dazu seine Hand bieten zum Besten unserer Organisation und der deutschen Arbeiterschaft.

Aug. Saalmann, Ortsverbandschriftführer.

### Gewerkevereins-Teil.

§ Dessau. Sonntag, den 10. Januar, fand die diesjährige Generalversammlung des Ortsverbandes Dessau und Umgegend statt. Nach Verlesen der Protokolle erstattete der Kassierer den Kassierbericht. Aus demselben ging hervor, daß einige Vereine mit den Beiträgen noch im Rückstande sind. Der Jahresbericht, welchen der Schriftführer erstattete, zeigte, daß der Ortsverband tüchtig und fleißig im verfloßenen Jahre gearbeitet hat. Bei Eintritt in die Vorstandswahlen baten die bisherigen Kollegen Raab, Mangelsdorf und Ahlenburg, von einer Wiederwahl für ihre Periode abzusehen. Es wurden dann die Kollegen Reimann als 1. Vorsitzender, Marggraf als 2. Vorsitzender, Raab als Schriftführer und Hannemann als Kassierer fast einstimmig gewählt. Alsdann folgte ein Vortrag des Herrn Reaktor Müller über die Arbeitskammern in Deutschland. Der Herr Referent verband es in ausgezeichneter klarer Weise, die Vorteile und Mängel des Gesetzentwurfs der Versammlung vorzuführen. Unter seinen Umständen dürfe der Entwurf, so wie er ist, Gesetz werden. Nach einem warmen Appell an die Anwesenden, den Entwurf kräftig zu kritisieren, schloß der Herr Referent den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nachdem die Kollegen Mangelsdorf, Stedert und Hannemann in der nachfolgenden Diskussion sich noch recht eingehend mit dem Entwurf beschäftigt hatten, sprach der Herr Referent noch ein kurzes Schlusswort. Im Verbindlichen brachte Kollege Schmidt ein Schreiben vom „Mitteldeutschen Kurier“ zur Verlesung, in welchem erucht wird, fleißig für die Verbreitung zu agitieren. Nachdem Kollege Marggraf noch zu recht zahlreichem Besuch des 24 jährigen Stiftungsfestes des Brauer-Vereins Dessau und Umgegend eingeladen hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

§ Köln a. Rh. Der Ortsverband der Deutschen Gewerkevereine hielt am Sonntag eine Versammlung ab, um Stellung zu dem vom Verbands der Metall-

industriellen errichteten Arbeitsnachweis zu nehmen. Der Bezirksleiter Kollege Köhner vom Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter legte die Bedeutung der Arbeitsnachweise im allgemeinen dar, ging auf die in Berlin, Hamburg und Magdeburg errichteten Arbeitsnachweise ein und schilderte deren Entwicklung und heutigen Zustand. Der Redner machte die Anwesenden mit den Vorarbeiten des Regierungsrats Dominicus-Straburg bekannt, welche zur Schaffung eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Arbeitsnachweise führen sollten, die aber sowohl von der Konkurrenz der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber als auch in der Ausschüpfung des Bereichs der Arbeitgeber-Verbände in Berlin bekämpft und verworfen wurden. Trotzdem müsse darauf gedrungen werden, daß eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise vorgenommen werde. Folgende Resolution wurde angenommen und soll dem Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.) als Material zur Weiterbearbeitung überwiesen werden:

„Die am 17. Januar tagende Versammlung, einberufen vom Ortsverband der Deutschen Gewerkevereine zu Köln, nimmt Kenntnis von dem vom Bezirksverband für die Metallindustrie des Regierungsbezirks Köln und Nachbargebiete“ errichteten Arbeitsnachweis. Die Versammlung sieht in diesem Nachweis nicht die Instanz, welche zum Segen der Industrie und der darin beschäftigten Arbeiter ihre Funktionen verrichten kann. Ein solcher Arbeitsnachweis ist eine einseitige Einrichtung der Arbeitgeber, ein Mittel und Werkzeug, wodurch die Arbeitgeber die Arbeiter ihre Rechte fühlen lassen können, da er nicht auf der Grundlage der Parität aufgebaut ist. Die Versammlung erhebt daher Protest gegen die Errichtung dieser Institution und fordert eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise in paritätischem Sinne. Eine sachliche Grundlage ist diesen paritätischen Nachweisen nicht zu geben, sondern der gerechten und territorialen der Vorzug zu geben. Die Versammlung verspricht, in diesem Sinne weiter zu arbeiten, um der Arbeiterschaft die Rechte zu verschaffen, die ihr gebühren.“

### Verbands-Teil.

Frauen-Begräbnisstätte des Verbandes.

Luitung über eingesandte Beiträge.

Dezember 1908.

Fabrik- und Handarbeiter: Kopfsch. M. 1,56.  
Frauen und Mädchen: Janig 0,40. Graphische  
Beruf: Berlin III 3,18, Jitta 7,60. Kaufleute:  
Müller (2295) 2,08, Borg-Stettin 0,65. Maschinen-  
bauer: Bretten 2,34. Bergbauarbeiter: Blankenbain  
1,56, Kapfiste 8,32. Schneider: Breslau I 0,25, Er-  
langen 11,31, Straßburg 25,49. Schuhmacher: Mil-  
heim-Broich 5,10, Hoff-Kranfurt 1,17, Einzelne (1051)  
0,63. Textilarbeiter: Waltersdorf 4,14, Forst 23,64,  
Dessau 2,08. Töpfer: Bitterfeld 0,95. Gemeinde-  
arbeiter: Berlin 0,25. Summa 102,00 Mk.

Berlin, Januar 1909.

R. Klein,

Hauptkassierer.

F. Reuecht,

Hauptkontrolleur.

### Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.), Greifswaldstraße 221/222. Mittwoch, 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kollegen Erkelenz über: „Soziale Kämpfe im Mittelalter“. Gäste

herzlich willk. — Gewerkevereins-Liebertafel (G.-D.). Jeden Donnerstag, abds. 9 bis 11 Uhr, Liebungshunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willk. — Diskussionsklub No. 21. Freitag, 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Raab, Waldstraße 58. Vortrag über: „Freie, christliche und kirchliche Danksprüche“. Gäste herzlich willkommen. — Fachwissenschaftlicher Diskussionsklub Berlin. Fiedlerstraße 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — Sonnabend, 30. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Abends 8-10 Uhr Jagelabend bei Raab, Waldstraße 58. — Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Abends 8 1/2 Uhr, Kottbuserstraße 6, Versammlung mit Damen. Referatvortrag des Herrn Drewin. Jahresberichte. Generalratsprotokolle. Regulatorport. Ablehnende Antwort des Zentralrats auf unsere Resolution. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandsbureau, Greifswaldstraße 221/223. Vortrag des Bezirksbeamten, Kollegen Weigt-Oberhöndel: „Praktische Mitarbeit der Kollegen für den Ausbau unserer Organisations“. — Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Abends 8-10 Uhr, Musikantenstr. 55 bei Reisch, Jagelabend. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8 Uhr Jagelabend bei Lehmann, Brunnenstr. 119. Einleitung der Bibliotheksbücher. Ausgabe der Massenballistik.

Leipzig. Deutsche Handelshilfsarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Lindenau, Bürgenerstraße, statt.

### Orts- und Bezirksverbände.

Berne (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Wilh. Schulte Müller, Diskussionsklub. — Wachen (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Leichter, Ecke Hanfemannplatz u. Jülicherstr. — Hamburg (Ortsverb.). Jeder Mittwoch, ab 8 1/2 Uhr präz., im Hülfsmanns Hotel, Wollstr., Diskussionsklub. Dresden (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Weber-gasse 28, statt. Gäste willkommen. — Brandenburg a. H. (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab 8 1/2 Uhr, statt. — Hagen a. U. (Diskussionsklub). Jetzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — Köln (Diskussionsklub). Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr im Restaurant „Water Rolping“, Elstergasse. — Hamburg (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Raetow, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Ortsverband). Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskussionsklub bei F. Eisenburger, Banneierstraße. — Wülheim-Ruhr (Ortsverband). 3. den zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstr. 120. — Leipzig. (Gewerkevereins-Liebertafel). Die Liebungshunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Lützenfeld (Ortsverband). Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsklub im lokale des Herrn Heinger. — Quedlinburg und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 31. Januar, in Quedlinburg, Restaurant Schilling, Ortsverbanderversammlung. L.-D.: Vorstandswahl. Vortrag über: „Die Aufgaben der Ortsverbände“.

### Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

### Arbeitersekretariat.

In Frankfurt a. M. soll für die drei Städte Frankfurt a. M., Mainz und Worms von 1. März 1909 ein Arbeitersekretariat errichtet werden. Wir suchen dazu einen geeigneten Leiter zu den üblichen Bedingungen. Gehalt nach Vereinbarung. Gewerkevereine, die mit der Arbeiterbewegung gründlich vertraut sind, rednerische und schriftstellerische Befähigung haben, werden wir bevorzugt. Ihre Bewerbung bis zum 12. Februar 1909 an den Unterdirektor einreichen. Dem Bewerbungsschreiben sollte man Lebenslauf und einen Aufsatz über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs beilegen.

Der vorbereitende Ausschuss.  
S. A.: Dito Solowosky, Frankfurt a. M., Coblenzstr. 26 II.

Kachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 Mk. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Kachen, Walbertsteinweg 71.

Seemen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeld von 75 Pf. beim Kassierer Kollegen W. a. R. o. i. h. e., Seewegstraße 142, S. Sp. i. n. g. e. n.

Wofen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pf. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrich G. r. i. c. h., Breslaustr. 20.

Essen (Ruhr). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerkevereins-Bureau, Hohndorferstr. 53.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten in den 5. übergen zur Heimat I und II freies Nachtquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, G. S. ü. d. e. B. u. n. t., Goethestr. 7.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufe erhalten Nachtquartier und Verpflegungskarten hierzu bei Karl G. e. b. e. l., Hauptstr. 32 A I.

Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Laube, Schuhmachermeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.

### Fidelitas.

Zeitschrift, enth. Lustspiele, Soloauszen, Complots (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Hft., Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pf. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk. C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 Bg.

Kollegen, welche gewillt sind, eine Hausreinigung oder eine Stelle als Portier, Fahrstuhlführer, Heizer usw. anzunehmen, können sich melden beim Kol. W. ä. c. h. n. e. r., Greifswaldstr. 221/223.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Wilhelmstr. 132.

Forst i. L. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Verpflegungskarten bei August W. ä. l. l. e. r., Buchstr. 6 I. Mittags von 12-1, abends von 7-8 Uhr.

Hamm (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer, Kollegen Paul Köpff, Uhländerstr. 9. Durchreisende Mitglieder erhalten 1 Mark Reise-geld, zugerechnet, arbeitslose Mitglieder erhalten eine Karte für Abendessen, Nachtlois und Frühstück.

### Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:  
Sozialdemokratie u. Arbeiterkraft v. Dr. jur. R. F. r. e. u. b. Preis 40 Pf.  
Volkswirtschaftslehre von Dr. C. J. F. u. c. h. s. Preis 80 Pf.  
Ratgeber zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeverfahren in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf.  
Was muß jeder Versicherer von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 85 Pf.  
Die reichsgesetzliche Arbeitsversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk.  
Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pf.  
Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 1,00 Mk.  
Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.  
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.  
Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.  
Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswaldstr. 221/223.  
Das Bureau des Zentralrats.  
Rudolf Klein.